

## OB Erwin lehnt Regierungsentwurf zum Kinderbildungsgesetz ab Städtetag darf nicht zustimmen

In einem Schreiben an die Vorstandsmitglieder des Städtetages Nordrhein-Westfalen hat Oberbürgermeister Joachim Erwin heute seine Kollegen aus den Großstädten aufgefordert, das vom Landeskabinett verabschiedete Kinderbildungsgesetz abzulehnen.

"Die wenigen Änderungen zwischen Referenten- und Regierungsentwurf bleiben deutlich hinter den Erwartungen zurück und bieten keine ausreichende Finanzierungsgrundlage für die quantitative und qualitative Weiterentwicklung der Kinderbetreuung", so OB Erwin.

Für Düsseldorf ergibt sich schon zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes eine Unterfinanzierung der heutigen Angebote. Das Land stellt hinsichtlich der Finanzierung lediglich für die Zukunft Gespräche zwischen Finanzminister, Familienminister und kommunalen Spitzenverbänden in Aussicht. Das ist keine solide Finanzierungsgrundlage und konterkariert die Bemühungen der Landeshauptstadt Düsseldorf, die Kinderbetreuung bedarfsgerecht auszubauen.

Bereits heute werden in Düsseldorf 70 Prozent der Plätze im Rahmen des Rechtsanspruches mit einer Übermittagsbetreuung nachgefragt. Für Kinder unter drei Jahren ist aufgrund der hohen Anzahl von Alleinerziehenden und Berufstätigen in Düsseldorf eine Nachfrage von bis zu 35 Prozent anzunehmen. Im Kinderbildungsgesetz ist lediglich eine Quote von bis zu 25 Prozent für den Ganztags und eine Quote von bis zu 20 Prozent für die Betreuung der unter Dreijährigen vorgesehen.

"Es kann nicht sein, dass der Landesminister auf Bundesebene höhere Quoten verhandelt, die die Kommunen zu gewährleisten haben, sich aber dort, wo er selber handeln kann und muss, seiner Verantwortung entzieht", so der Oberbürgermeister.

Unter diesen Rahmenbedingungen kann die Stadt Düsseldorf dem Regierungsentwurf zum Kinderbildungsgesetz nicht zustimmen, zumal auch die übrigen Regelungen (keine Spitzabrechnung der Mieten, keine ausreichende Berücksichtigung ergänzender Angebote für Schulkinder, keine Rücknahme der Kommunalisierung des Elternbeitragdefizits) die Großstädte erheblich benachteiligen.

(Ks)

12. Juni 2007